

Genug gedacht, jetzt handeln

Ein Ärztetag ist anstrengend, aber immer lohnend, besonders wenn er wieder in körperlicher Präsenz stattfinden kann. Das habe ich ebenso wie meine Kolleginnen und Kollegen wirklich sehr genossen, denn uns allen haben in den vergangenen zweieinhalb Pandemie Jahren viele persönliche Kontakte gefehlt und dies trotz noch so praktischer Videokonferenzen. War das schon für Erwachsene eine sehr lange Zeit, so war es für Kinder und Jugendliche eine noch viel längere Zeit, die sich auch nicht nachholen lässt. Sicher haben Sie die Berichterstattung über den Deutschen Ärztetag verfolgt, der sich ausführlich mit den Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder und Jugendliche beschäftigte und zu dem wenig überraschenden Schluss kam, dass die junge Generation über Gebühr belastet wurde.

Die Vulnerabilität dieser Altersgruppe, weniger die somatische, sondern vielmehr die psychische und seelische Verletzlichkeit fand viel zu wenig Beachtung. Nun muss alles daran gesetzt werden, deren Folgen möglichst rasch zu mildern und wissenschaftlich und ethisch nicht begründbare Einschränkungen im Herbst auszuschließen. Wenn die Zukunft in unseren Kindern liegt, dann müssen wir ihnen eine gesunde Basis zur Verfügung stellen. Der 126. Deutsche Ärztetag hat die Länder auch aufgefordert, ein eigenständiges Schulfach „Gesundheit und Nachhaltigkeit“ einzuführen. Diese Forderung unterstütze ich bekanntermaßen ausdrücklich. Viele Berichte über den Deutschen Ärztetag aus hessischer Sicht finden sich auf den Seiten 410 bis 422 sowie S. 445.

Die Diskussion über die elektronische Patientenakte und den Datenschutz wird sicher weiter geführt werden, auch wenn sich die Abgeordneten des Deutschen Ärztetages nach einer engagiert geführten Diskussion mit knapper Mehrheit für das Opt-out-Verfahren bei der Anlage einer elektronischen Patientenakte ausgesprochen haben. Die Vielschichtigkeit der Argumente beider Seiten ist mir wohl bewusst, muss aber gestehen, dass ich den Ausspruch meines rheinland-pfälzischen Amtskollegen Dr. Günther Matheis, dass der Datenschutz in zehn Jahren nicht die häufigste Todesursache werden dürfe, teile. Es sollte nicht vergessen werden, dass die elektronische Patientenakte nur mit einem elektronischen Heilberufsausweis geöffnet werden kann. Die ärztliche Schweigepflicht gilt im Übrigen unabhängig von der Speicherform der Patientenakte und ist selbstverständlich zwingend einzuhalten. Auch der Schutz gegen unberechtigte Zugriffe auf Patientenakten von außen unterscheidet sich bei Opt-out und Opt-in nicht und sollte immer dem höchsten Sicherheitsstandard entsprechen. Diese Anforderungen sind schwierig und anspruchsvoll, aber dennoch lösbar, wie es andere europäische Staaten schon lange vormachen.

Vielleicht ist wirklich etwas dran an dem Deutschlandbild, das das Ausland teilweise von uns hat. Die deutsche Gründlichkeit, aber vielleicht auch die „german Angst“ stehen uns manchmal im Weg. Das Motto, erst zu denken und dann zu reden oder han-

deln, ist vollkommen richtig, aber inzwischen kann wohl nicht mehr bezweifelt werden, dass wir in den vergangenen Jahren, ja sogar Jahrzehnten viel gedacht haben. Kein Wunder, sind wir doch das Volk der Dichter und Denker, möchte ich jetzt augenzwinkernd anmerken. Nun wird es jedoch wirklich Zeit, die Digitalisierung endlich zum Laufen zu bringen. Und zwar so, dass es den Nutzerinnen und Nutzern, seien es Ärztinnen und Ärzte oder Patientinnen und Patienten, nutzt. Hoffentlich muss diese eigentlich banale Selbstverständlichkeit in absehbarer Zeit nicht mehr betont werden.

Viel nachgedacht wurde auch über den Mutterschutz, der leider bei schwangeren Ärztinnen noch immer viel zu pauschal und restriktiv gehandhabt wird und so deren Weiterbildung und berufliche Karriere erheblich behindert. Auch das hat der Deutsche Ärztetag zu Recht bemängelt. Statt Überregulierung ist auch hier Augenmaß gefordert.

Mit der Übergabe eines gedruckten Exemplars der konsentierten neuen GOÄ an Bundesgesundheitsminister Lauterbach untermauerte Bundesärztekammerpräsident Reinhardt eindrücklich und anschaulich die Forderung nach Umsetzung der neuen GOÄ. Die Argumentation des Ministers, diese Umsetzung habe für ihn keine Priorität, weil man in der Bundesregierung abgemacht habe, dass man nichts unternehmen wolle, was das Gleichgewicht zwischen der PKV und der GKV verschiebe, war mir genau wie den anderen Anwesenden nicht verständlich. Nach der von Lauterbach zugesagten vorurteilsfreien Prüfung der mit Augenmaß erarbeiteten GOÄ bleibt dem Ministerium meines Erachtens nur noch deren Umsetzung, womöglich sogar digital.



Foto: Peter Jülich

Dr. med. Edgar Pinkowski
Präsident